

Forstpolitik u. Forstwirtschaft

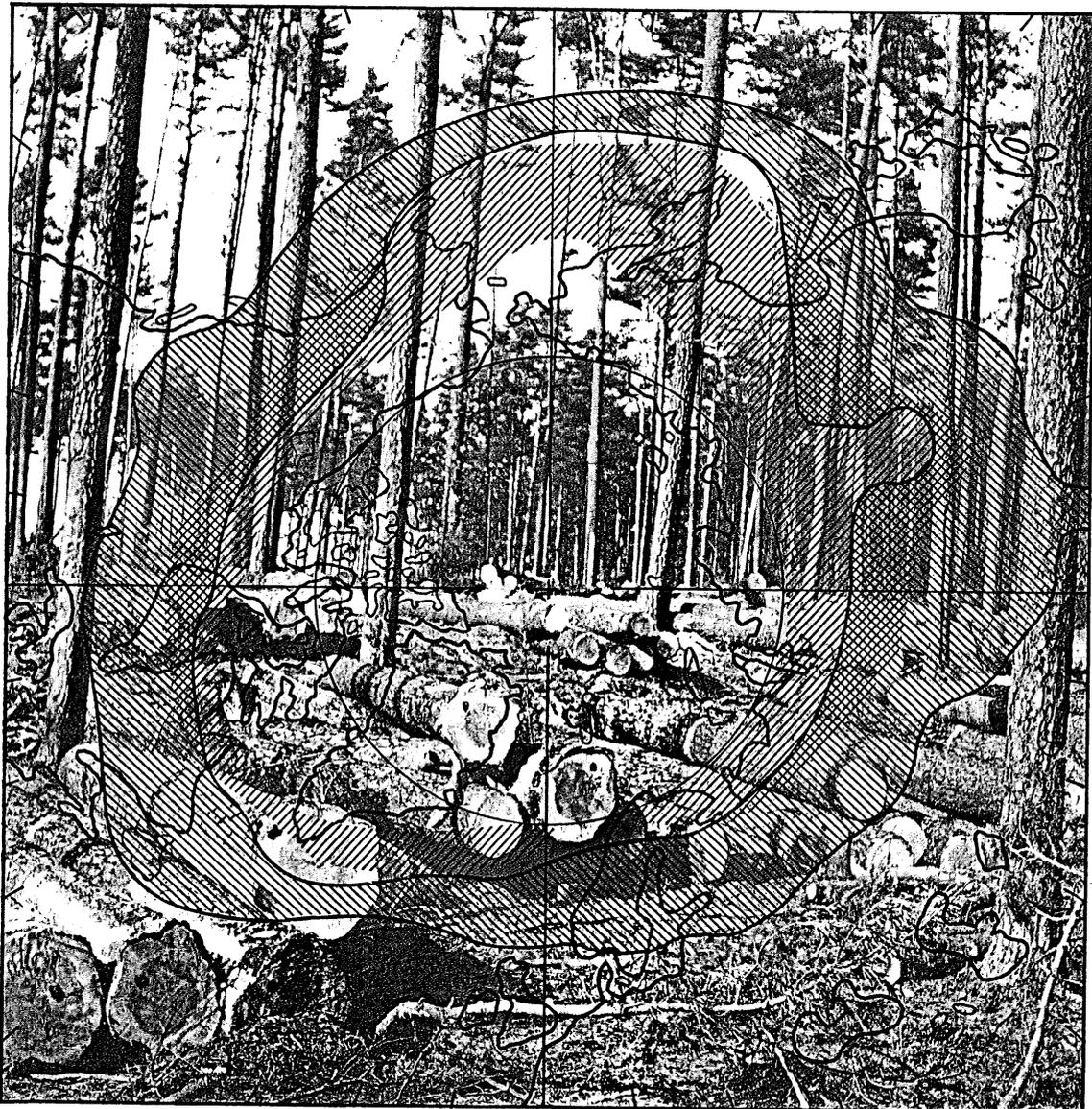
ISSN 0863-4807

2A 6283 E
4,80 DM

1'92

Der Wald

**Fachzeitschrift für Ökologie,
Bewirtschaftung
und Schutz des Waldes**



Erstaufforstung: Ja oder Nein?

Untersuchung über die Bereitschaft zur Erstaufforstung in den neuen Bundesländern

Die Untersuchung über die Bereitschaft zur Erstaufforstung in den neuen Bundesländern wurde im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten geförderten Forschungsvorhabens „Nutzen-Kosten-Analyse zur Förderung der Erstaufforstung“ in Zusammenarbeit mit der TU Dresden, Abteilung Forstwirtschaft Tharandt, durchgeführt (vgl. VOLZ 1991).

Konzeption und Inhalte der Fragebögen

Bei der Konzeption der Fragebögen, die sich an verschiedene Adressatengruppen (Grundbesitzer, Bürgermeister und Forstamtsleiter) richteten, konnte auf empirische Untersuchungen zur Aufforstungsbereitschaft im Bereich der alten Bundesländer zurückgegriffen werden (HANKE 1986, WILSTACKE 1987, BREMER/THOROE 1989).

Im Fragebogen für Grundbesitzer wurden folgende Punkte erfragt:

- Stilllegungs- und Aufforstungsbereitschaft;
- Aufforstungsgründe;
- Bewirtschaftungsmodus der zukünftigen Erstaufforstungsfläche;
- Präferenzen bei der Baumartenwahl;
- Größe der potentiellen Aufforstungsfläche;
- alternative Verwendungsmöglichkeiten stillzulegender Flächen;
- Informationsgrad über Vor- und Nachteile der Erstaufforstung;
- erforderliche Anreize für eine zukünftige Aufforstung durch den Befragten.

Die Einbeziehung der Bürgermeister hatte in erster Linie zum Ziel, Gründe für oder gegen Neuaufforstungen aus der Sicht der Gemeinden zu erfahren. Im einzelnen wurden die Bürgermeister gebeten, Stellung zu nehmen zu

- Umfang der stillzulegenden landwirtschaftlichen Nutzfläche;
- Gründen für und gegen Neuaufforstungen im Gemeindebereich
- Baumartenwahl;
- erforderlichen Anreizen für Erstaufforstungen;
- alternativen Nutzungsmöglichkeiten für Stilllegungsflächen.

Mit der zusätzlichen Frage nach dem Bewaldungsprozent sollte ein eventueller Zusammenhang zwischen vorhandener Bewaldungsdichte und einer ablehnenden Haltung gegenüber Neuaufforstungen aufgedeckt werden. Weil sich die Befragung der Forstamtsleiter bereits bei einer früheren Studie bewährt hatte (HANKE 1986), wurde auch bei der vorliegenden Untersuchung von dieser Möglichkeit der Informationsgewinnung für größere räumliche Einheiten Gebrauch gemacht. Die Forstamtsleiter wurden befragt nach

- ihrer Einschätzung, ob die Waldfläche in ihrem Forstamtsbereich bzw. Landkreis erhöht werden sollte;
- Gründen für eine Befürwortung von Erstaufforstungen;
- Präferenzen bei der Baumartenwahl.

Stichprobenumfang und Rücklaufquoten

Die Stichprobe umfaßte insgesamt 1740 Fragebögen (435 Forstamtsleiter¹, 435 Bürgermeister und 870 Grundbesitzer). Um eine effektive Verteilung der Fragebögen zu gewährleisten, wurden alle drei Fragebogentypen über die Landesforstverwaltungen verschickt. Bis zum Stichtag 21.8.91 wurden von den Grundbesitzern 223 Bögen (25,5%) zurückgeschickt. Bei den Bürgermeistern war ein Rücklauf von 153 Bögen (35,2%) zu verzeichnen; von den Forstamtsleitern kamen 227 Bögen (52,2%) zurück. Hieraus ergibt sich eine Rücklaufquote für alle Befragungsgruppen von 34,6%. Hinsichtlich der Herkunft der beantworteten Frage-

¹ Wegen der während der Untersuchung noch nicht abgeschlossenen Umorganisation der Forstverwaltungen wurde die Zahl der ehemaligen Oberförstereien zugrundegelegt.

N. WEBER, DR. M. SUDA
Lehrstuhl für Forstpolitik und
Forstgeschichte der Ludwig-
Maximilians-Universität München

Erstaufforstungen von landwirtschaftlichen Nutzflächen spielten in der DDR nur eine unbedeutende Rolle. Mit dem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Angliederung der ostdeutschen Landwirtschaft an den Agrarmarkt der Europäischen Gemeinschaft änderte sich die Situation grundlegend. Es stellt sich nun die Frage, in welchem Umfang Aufforstungen freierwerdender landwirtschaftlicher Nutzflächen in den neuen Bundesländern einen Beitrag zur Entlastung des Agrarmarktes, aber auch zur Sanierung der Umwelt leisten können. Um statistisch gesicherte Aussagen zur Aufforstungsbereitschaft der Grundbesitzer und zur Akzeptanz von Erstaufforstungen allgemein zu bekommen, wurde im Frühjahr 1991 vom Lehrstuhl für Forstpolitik und Forstgeschichte der Universität München eine schriftliche Befragung (mailed questionnaire) in den neuen Bundesländern durchgeführt, deren Ablauf und Ergebnisse hier dargestellt werden.

bögen ist festzustellen, daß die Erhebung stichprobenartig einen Großteil der Fläche der neuen Bundesländer erfaßt hat. Die Durchführung von statistischen Tests ergab, daß die Befragung das Meinungsbild repräsentativ wiedergibt, wenn bei der Verteilung der Fragebögen keine gerichteten Fehler begangen wurden. Eine Ausdehnung der Befragung hätte mit hoher Wahrscheinlichkeit zu keinen anderen Ergebnissen geführt.

Ergebnisse der Erhebung

Grundbesitzer

76% der befragten Grundbesitzer geben an, daß sie in den nächsten drei Jahren landwirtschaftliche Flächen stilllegen wollen. 10% sehen dies nicht vor, 14% sind noch unentschieden. Die annähernd identische Verteilung ergab sich auch für die Absicht, landwirtschaftliche Nutzflächen in diesem Zeitraum aufzuforsten. Die geplanten Aufforstungsflächen schwanken zwischen 0,3 und 400 ha. Es kann angenommen werden, daß die Fälle, in denen die Angaben der Aufforstungsfläche über 40 ha lagen, sich nicht auf den Besitz eines Grundbesitzers sondern auf die Fläche einer Genossenschaft beziehen.

Hervorzuheben ist, daß 2/3 der Befragten Aufforstungen bis zu einer Größe von 5 ha vornehmen wollen.

Als Grund für die Aufforstungen wird von 56% der Befragten „die Freude am Waldbesitz“ genannt. Interesse an der staatlichen Aufforstungsförderung bekunden 53% der Befragten. Eine sichere Kapitalanlage und die Möglichkeit, das Arbeitseinkommen zu verbessern, sehen etwa 1/4 der Befragten. Für einen ähnlichen Anteil liegen die Beweggründe im landwirtschaftlichen Sektor (Aufgabe der Landwirtschaft, Verpachtung der Flächen nicht möglich).

Die Bewirtschaftung der aufzuforstenden Flächen soll überwiegend (83%) durch eigene Arbeitsleistung bewerkstelligt werden. 60% werden sich hierbei auf die fachliche Beratung der Forstämter, 23% auf forstliche Zusammenfassungen stützen. 11% wollen die Flächen auf vertraglicher Basis durch das Forstamt, 6% ohne Mitwirkung im Rahmen von forstlichen Zusammenfassungen bewirtschaften lassen.

54% der Grundbesitzer wollen die Flächen mit gemischten Baumarten und 9% mit Laubbäumen aufforsten. Knapp ein Drittel sieht eine Bestockung mit Nadelbäumen vor. Als Gründe für diese Wahl werden vor allem standörtliche Bedingungen (81%) angeführt. Das Landschaftsbild (45%) und niedrige Kosten (33%) sind die weiteren Gründe, welche die Baumartenwahl beeinflussen. Von geringerer Bedeutung sind die Schutzwirkung (23%), hohe Erlöse (14%) und Waldschäden (11%) im Urteil der Grundbesitzer.

Zu der (offenen) Frage nach alternativen Verwendungsmöglichkeiten für stillgelegte Flächen äußerten sich nur 9% der Befragten. Diese Tatsache ist aber im Zusammenhang mit der bereits geschilderten hohen Aufforstungsbereitschaft zu sehen. In den Antworten nimmt die extensive Landwirtschaft² in verschiedenen Ausprägungen (z.B. Heugewinnung, Mutterkuhhaltung, Gatterhaltung von Damwild) eine wichtige Stellung ein. Von mehreren Grundbesitzern wurde auch eine Verpachtung oder ein Verkauf der Grundstücke (z.B. als Wohnbauland oder für Gewerbegebiete) als eine Möglichkeit

² Nach herkömmlicher Definition stellen Stilllegung und Extensivierung einander ausschließende Nutzungsformen dar. Den „Grundsätzen für die Förderung der Stilllegung von Ackerflächen“ des BML (Stand: 10.5.90) ist jedoch zu entnehmen, daß auch extensives Grünland als Stilllegungsfläche gilt.

in Erwägung gezogen. Einige Grundbesitzer wollen ihre Flächen für ökologische Zwecke zur Verfügung stellen.

56% der Grundbesitzer fühlen sich über die Vor- und Nachteile einer Neuaufforstung ausreichend informiert, 44% nicht.

Auf die Frage, welche Anreize zur Erstaufforstung gegeben werden sollten, stehen finanzielle Aspekte eindeutig im Vordergrund. Bei der Auswertung nach Rangpunkten³ zeigte sich, daß vor allem höhere Aufforstungszuschüsse bzw. Prämien sowie die Grundsteuerbefreiung gefordert werden. Obwohl sich 44% nicht ausreichend informiert fühlen, räumen nur 19% einer intensiveren Beratung den ersten Rang ein. Von geringerer Bedeutung für die Grundbesitzer sind gesetzliche Möglichkeiten zur Rückumwandlung der aufgeforsteten Flächen, sowie die Möglichkeit der Ausweisung im Rahmen der Flurbereinigung. Zusätzlich zu den vorgegebenen Antworten wurden u.a. noch Anregungen vorgebracht:

- Erleichterung des Genehmigungsverfahrens,
- praktische Unterstützung bei der Durchführung der Aufforstung,
- Sicherstellung des Holzabsatzes zu akzeptablen Preisen,
- Reduzierung des Wildbestandes.

³ Rang 1 = 3 Punkte; Rang 2 = 2 Punkte; Rang 3 = 1 Punkt. Durch Multiplikation der Summen mit den %-Anteilen der jeweiligen Nennungen erhält man für alle Befragungsgruppen ein vergleichbares Maß.

Die Aufforstungsbereitschaft der befragten Grundbesitzer ist ausgesprochen hoch und würde bei Ausführung zu einer umfangreichen Erhöhung der Waldflächen führen. Verständlicherweise spielen bei den Grundbesitzern niedrige Kosten bei der Baumartenwahl eine etwas größere Rolle; bei den Anreizen stehen vor allem finanzielle Aspekte im Vordergrund.

Bürgermeister

Mit einer Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen in ihrem Gemeindegebiet rechnen 98% der Bürgermeister. Jeweils ein Drittel der Befragten geht von einer Stilllegung von bis zu 10 bzw. 10 bis zu 20% der landwirtschaftlich genutzten Flächen aus. Im Durchschnitt wird mit einer Fläche von 170 ha gerechnet, die aus der landwirtschaftlichen Produktion je Gemeinde ausscheiden wird.

Das Bewaldungsprozent in den Gemeinden, deren Bürgermeister an der Befragung teilgenommen haben, beträgt durchschnittlich 37% und liegt somit deutlich über dem Waldanteil von ca. 27% in den fünf neuen Bundesländern. Um so erstaunlicher ist der

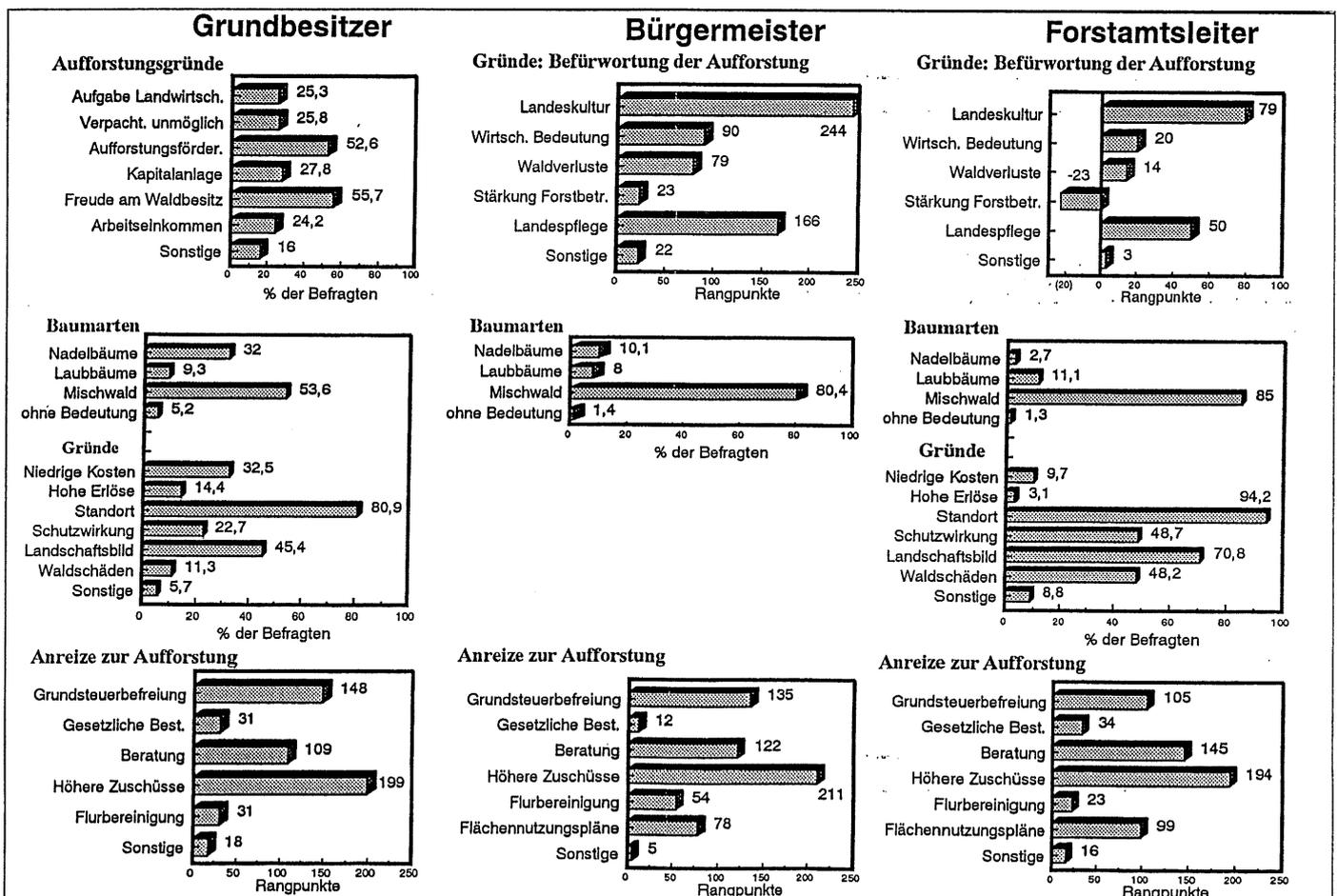
Anteil von 92 % der Bürgermeister, die eine Aufforstung im Gemeindegebiet für sinnvoll halten. Ein statistischer Zusammenhang zwischen Bewaldungsprozent und Ablehnung bzw. Befürwortung von Aufforstungen konnte nicht gefunden werden.

Die Frage nach den Gründen für eine Aufforstung ergab, daß die landeskulturellen Wirkungen eindeutig im Vordergrund stehen. 68% der Befragten stellten dieses Motiv an die erste Stelle der Rangfolge. Gefolgt wird dieses Motiv, jedoch mit weitem Abstand, von der landespflegerischen Bedeutung. An dritter Stelle wird die wirtschaftliche Bedeutung genannt. Auch der Ausgleich für Waldverluste spielt eine gewisse Rolle. Eher unbedeutend ist die Stärkung kommunaler und privater Forstbetriebe. In der Zusatzkategorie „andere, und zwar . . .“ wurden fast ausschließlich landwirtschaftliche Gründe genannt.

Die Aufforstungen sollten mit gemischten Baumarten (80%) durchgeführt werden. Für reine Laubholzkulturen sprachen sich 8%, für Nadelholzkulturen 10% der Befragten aus. Dieses Meinungsbild widerspiegelt die stark betonten Sozialleistungen des Waldes.

Auf die Frage, welche Anreize für die Neuaufforstung gegeben werden sollten, steht mit weitem Vorsprung die Forderung nach höheren Zuschüssen im Mittelpunkt. Erstaunlicherweise

Abbildung 1: Ergebnisse der Erhebung über die Bereitschaft zur Erstaufforstung



fordern die Bürgermeister, einen weiteren Anreiz über eine Grundsteuerbefreiung zu geben, obwohl die Gemeinde dadurch geringere Einnahmen erzielen würde. Dieser Umstand deutet wiederum darauf hin, daß die in den Vordergrund gestellten landeskulturellen Wirkungen des Waldes höher eingeschätzt werden als die verringerten Einnahmen in der Gemeindekasse. An dritter Stelle wurde eine intensivere Beratung durch die Forstämter gefordert. Obwohl Flächennutzungspläne als Planungsinstrument auf kommunaler Ebene hohe Bedeutung erlangt haben, wird einer Ausweisung von Aufforstungsflächen im Rahmen dieser Planung nur geringe Bedeutung beigegeben. Anderen Anreizen wird von dieser Befragungsgruppe eher geringes Gewicht zugeordnet.

Als mögliche Alternativen zur Aufforstung wurden vor allem extensive Landwirtschaft, bauliche Nutzung und die Anlage von Freizeit- und Erholungseinrichtungen genannt.

Zusammenfassend ergibt sich folgendes Bild: In hohem Umfang wird mit einer Stilllegung landwirtschaftlicher Flächen gerechnet, wobei eine Aufforstung als zweckmäßige Folgenutzung überwiegend in Betracht gezogen wird. Landeskulturelle und landespflegerische Aspekte stehen bei den Motiven im Vordergrund. Es sollten vor allem finanzielle Anreize wie Zuschüsse oder Grundsteuerbefreiung gegeben und die Beratung intensiviert werden.

Forstamtsleiter

Die Forstamtsleiter sind zu 81% der Ansicht, daß im Bereich des Forstamtes eine Waldflächenerhöhung angestrebt werden sollte. 17% hingegen halten die Wald-Feld-Verteilung für weitgehend abgeschlossen, 2% waren unentschieden. Aus Sicht der Forstamtsleiter ergibt sich somit deutlich die Zielvorgabe einer Waldflächenerhöhung in den neuen Bundesländern. Ein noch höherer Anteil der Forstamtsleiter (88%) ist der Auffassung, daß die Waldfläche im Landkreis erhöht werden sollte. Lediglich 10% halten im jeweiligen Landkreis die Wald-Feld-Verteilung für abgeschlossen. Die Differenzen sind darauf zurückzuführen, daß Landkreis- und Forstamtsgrenzen häufig nicht identisch sind. Bei den Gründen⁴ stehen eindeutig die landeskulturellen Wirkungen des Waldes im Vordergrund. Die positiven Wirkungen auf den Wasserhaushalt, das Klima und die Verbesserung der Erholungsmöglichkeiten sollen durch die Neuanlage von Wald gefördert werden. An zweiter Stelle folgen landespflegerische Gesichtspunkte, also Gründe des Naturschutzes und der Landschaftsgestal-

tung. Die wirtschaftliche Bedeutung des Waldes, so zum Beispiel die Erhöhung der Holzproduktion oder die Sicherung von Arbeitsplätzen spielt erstaunlicherweise eine eher untergeordnete Rolle. Ein ähnliches Gewicht gewinnt der Ausgleich von Waldverlusten durch Aufforstungsmaßnahmen. Keine Bedeutung besitzt die Möglichkeit, durch die Neuanlage von Wald die privaten und kommunalen Forstbetriebe zu stärken.

Auf die Frage, mit welchen Baumarten die Aufforstung durchgeführt werden sollte, wurde von den Forstamtsleitern ein eindeutiges Votum für Mischbestände ausgesprochen (85%). 11% plädierten für Laubbäume, lediglich knapp 3% für Nadelbäume.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen deutlich, daß bei Neuaufforstungen wirtschaftliche Aspekte des Waldes von landeskulturellen und landespflegerischen Argumenten verdrängt werden. Das Meinungsbild der Forstamtsleiter bei den genannten Gründen für die Baumartenwahl unterstreicht dieses Ergebnis.

Im Vordergrund steht bei der Baumartenwahl, wie zu erwarten, der Standort, der von 94% genannt wurde. Bei 71% spielt das Landschaftsbild, bei jeweils knapp 50% Waldschäden bzw. die Schutzwirkung eine Rolle. Die Kostenfrage (10%) stellt sich kaum; hohe Erlöse sind als Beweggrund für die Baumartenwahl praktisch bedeutungslos.

Auf die Frage, welche Anreize für die Aufforstung gegeben werden sollten, nimmt die Forderung nach höheren Zuschüssen eindeutig Rang 1 ein. Die Intensivierung der Beratung, also eine von den Forstämtern selbst wahrzunehmende Aufgabe, steht an zweiter Stelle. Die Grundsteuerbefreiung stellt die Forderung nächsthöherer Priorität dar. Auch sollte durch die Ausweisung in Flächennutzungsplänen eine gezielte Planung der Waldentwicklung ermöglicht werden. Von geringer Bedeutung ist die Änderung gesetzlicher Bestimmungen über die Rückumwandlung aufgeforsteter Flächen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes bzw. Maßnahmen der Flurbereinigung oder des Wegebauens. Unter der Antwortmöglichkeit „andere Maßnahmen, und zwar...“ wurden finanzielle Anreize aller Art (z.B. Vorfinanzierung) sowie die Unterstützung bei der Durchführung der Erstaufforstung durch das zuständige Forstamt als weitere Möglichkeiten genannt. In einigen Antworten wurde darauf hingewiesen, daß die Planung von Erstaufforstungen insgesamt verbessert werden müßte. Zum Teil wurde auch im Ankauf von Grundflächen durch die Landesforstverwaltungen mit anschließender Erstaufforstung eine Möglichkeit gesehen.

Für die Befragungsgruppe Forstamtsleiter läßt sich somit zusammenfassen:

Die Waldfläche soll erhöht werden, wobei vor allem landeskulturelle und landespflegerische Aspekte für diese Entscheidung im Vordergrund stehen. Durch höhere Zuschüsse, aber auch durch den Einsatz intensiverer Beratung soll das Ziel der Waldflächenerhöhung erreicht werden. Bei der Aufforstung sollen überwiegend gemischte Bestände begründet werden. Wirtschaftliche Erwägungen stehen bei der Baumartenwahl im Hintergrund.

Alle Befragungsgruppen

Zusammenfassend lassen sich aus der statistischen Betrachtung folgende Ergebnisse ableiten:

- In den fünf neuen Bundesländern steht einem künftigen hoch anzusetzenden Aufforstungspotential eine hohe Bereitschaft zur Aufforstung bei den Grundbesitzern gegenüber. Die Beweggründe liegen vor allem in den landeskulturellen Leistungen des Waldes.
- Wichtige Voraussetzungen zur Umsetzung von gezielten Aufforstungsplanungen (Baumarten, Standort) sind einerseits ein zweckentsprechendes Förderungssystem, sowie eine intensive Beratung der Grundbesitzer. Diese Voraussetzungen sind dringend zu schaffen, um eine gezielte Umsetzung der Waldflächenentwicklung zu gewährleisten.
- Zum überwiegenden Teil wollen die Waldbesitzer ihre Flächen in Eigenregie bewirtschaften. Dies signalisiert für die Zukunft die Notwendigkeit der Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Waldbesitzern

Folgerungen

Wie die statistische Analyse der schriftlichen Befragung gezeigt hat, ist bei den Grundbesitzern eine relativ hohe Bereitschaft zur Erstaufforstung zu verzeichnen. Bei den befragten Bürgermeistern und Forstamtsleitern stößt diese Änderung der Landnutzung auf hohe Akzeptanz.

Bei der Beurteilung der Umsetzbarkeit großflächiger Erstaufforstungsprogramme darf jedoch nicht übersehen werden, daß sich in der Praxis zwischen der Bereitschaft und der tatsächlichen Realisierung von Erstaufforstungen eine Diskrepanz ergeben kann. Dies führt letztendlich dazu, daß die zur Aufforstung gelangende Fläche geringer sein wird, als die theoretisch für eine Aufforstung in Frage kommende.

Eine Schätzung der in den neuen Bundesländern tatsächlich zur Aufforstung gelangenden Fläche ist derzeit mit großen Unsicherheiten behaftet. Es scheint sich jedoch abzuzeichnen, daß – im Vergleich zu den Altbundesländern – ein höherer Prozentsatz der potentiellen Aufforstungsflächen aufgeforstet werden kann, da einerseits aus agrar-

⁴ Bewertung: Trifft voll zu: 1; trifft teilweise zu: 0; trifft nicht zu: -1

politischen Gründen eine große Notwendigkeit zur Flächenstilllegung besteht, andererseits angesichts der stellenweise dramatischen Umweltsituation ein hoher Bedarf an Neuwaldflächen zur ökologischen Aufwertung der Landschaft erkennbar ist. Der letztgenannte Punkt könnte eine Erklärung dafür sein, daß die Haltung der Naturschutzbehörden in dieser Frage eher wohlwollend ist. Neuere Kalkulationen beziffern die potentielle bzw. wünschenswerte Aufforstungsfläche in den neuen Bundesländern auf etwa 373000 ha, worin etwa 50000 ha punkt- und streifenweise Aufforstungen enthalten sind (VOLZ 1991). Bisher wurden jedoch – trotz der geschilderten günstigen Ausgangslage – in den neuen Bundesländern relativ wenige Neuaufforstungen vorgenommen. Die Statistik der Flächenstilllegung von 1988/89 bis 1990/91 weist eine Fläche von 1685 ha Erstaufforstungen auf. Damit wurden nur 0,3% der Stilllegungsfläche mit Wald bestockt (ANN 1991).

Eberswalde künftig Fachhochschule Forstwirtschaft

Am 19.11.1991 fand in Eberswalde die 3. Mitgliederversammlung des Vereins der Freunde und Förderer der forstwissenschaftlichen Lehre und Forschung in Eberswalde statt, an der 80 Mitglieder teilnahmen. Der 1. Vorsitzende, Dr. G. Wolff, begrüßte als Gäste Prof. Dr. H. A. Gussone aus Göttingen und Prof. Dr. O. Bloßfeld aus Tharandt sowie den Stellvertreter des Landrats des Kreises Eberswalde Th. Engel und den Eberswalder Bürgermeister Dr. Mai.

Zunächst informierte der 2. Vorsitzende Prof. Dr. N. Kohlstock über die künftige Struktur der forstlichen Forschung in Eberswalde. Seitens der Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft Hamburg liegen die Entscheidungen bezüglich der Übernahme von Forschungseinrichtungen und von Mitarbeitern vor. Sie wird in Eberswalde ein Institut für Forstökologie und Walderfassung sowie in Waldsiedersdorf ein Institut für Forstpflanzenzüchtung einrichten und ferner einige Spezialisten für andere Disziplinen übernehmen.

Für die Bildung einer Mehrländer-Forschungsanstalt liegen Konzeptionen vor, nach denen sieben Abteilungen (Bodenkunde, Waldwachstum/Waldbau, Waldschutz, Waldnutzung, Forstökonomie, Landeskultur und angewandte Forstpflanzenzüchtung) gebildet werden sollen. Ein Gründungskomitee unter Leitung von Prof. Dr. G. Hildebrandt, Freiburg/Breisgau, wird die noch offenen Fragen klären.

Das bevorzugte Interesse der Versammelten galt den Ausführungen von Dr. G. Wolff über die Zukunft der Lehre in Eberswalde. Dem Wunsch der Mitglie-

Für diese niedrige Erstaufforstungsrate kommen in Frage:

- die noch nicht abgeschlossene Klärung der Eigentumsverhältnisse;
- die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Landwirtschaft;
- die noch laufende Umorganisation der Forstverwaltung, wodurch eine zielgerichtete Beratungstätigkeit erschwert wird;
- teilweise noch fehlende rechtliche Grundlagen für die Genehmigung und Förderung von Erstaufforstungen;
- ungenügende Information über bereits vorhandene Förderungsmöglichkeiten;
- eine im Vergleich zu den Altbundesländern im allgemeinen ungünstigere Ausgangslage für die forstliche Nutzung (u.a. weniger leistungskräftige Standorte, hohe Immissions- und Wildschäden).

Als Aufforstungshindernisse sind auch die Alternativen der Flächennutzung zu sehen, die dem Grundeigentümer nach der Rückerlangung seines Eigentums zur Verfügung stehen, z.B.: Verpachtung, Extensivierung i.e.S. (weniger intensive landwirtschaftliche Nut-

zung), extensive Grünlandnutzung, Brache, Naturschutz und Landschaftspflege oder Verkauf.

Die Erstaufforstung mit Hochwald stellt nur eine der Möglichkeiten der Landnutzung dar. Inwieweit davon Gebrauch gemacht wird, hängt entscheidend davon ab, welche Rahmenbedingungen dem Grundbesitzer geboten werden. Neben unmittelbaren finanziellen Hilfen ist auch eine intensive Beratung durch die Forstverwaltung erforderlich. Schließlich ist darauf zu achten, daß berechnete Anliegen der Naturschutzbehörden ausreichend berücksichtigt werden. Eine gezielte Waldflächenvermehrung in den neuen Bundesländern erscheint sinnvoll. Diese einmalige Chance sollte nicht ungenutzt verstreichen.

Das 6 Angaben umfassende Literaturverzeichnis bitten wir beim Autor anzufordern.

der des Vereins für die Wiederaufnahme der akademischen Lehre (vgl. Information im „Wald“ Heft 10/1991, S. 361) ist seitens der zuständigen Behörden nicht entsprochen worden. Statt dessen wird einer Empfehlung des vom Bundespräsidenten berufenen Wissenschaftsrates zufolge in Eberswalde eine verwaltungsexterne Fachhochschule mit zwei Studiengängen (Forstwirtschaft und Landespflege) eingerichtet (Studienbeginn Forstwirtschaft 1992, Landespflege 1993).

Seitens des Vereins war zunächst gegen diese Entscheidung Einspruch erhoben worden. Inzwischen hat sich auch der Wissenschaftliche Rat der Eberswalder Forschungsanstalt für die Einrichtung der Fachhochschule ausgesprochen, die vom brandenburgischen Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur durch Verordnung vom 22. Oktober 1991 gegründet wurde. Eine brandenburgische Landeskommission

trifft die Vorbereitungen zur Einrichtung der Fachhochschule. Die Argumente, die für die Errichtung der Eberswalder Fachhochschule genannt werden, fanden die Zustimmung der Vereinsmitglieder.

Der Vorsitzende bekräftigte die Auffassung des Vorstandes des Vereins, daß das Streben nach Wiederaufnahme der akademischen Lehre ungeachtet der gegenwärtigen Tendenzen vom Verein der Freunde und Förderer der forstwissenschaftlichen Lehre und Forschung in Eberswalde nicht aufgegeben wird.

A. Milnik

Ehrung für Professor Dr. Johannes Liese

Am 19. November 1991, dem Tage der 100. Wiederkehr des Geburtstages von Prof. Dr. Johannes Liese, veranstalteten seine als Fachkollegen wirkenden Schüler und sein Sohn ein Gedenk-Kolloquium. Es wurde im traditionsreichen Roten Gebäude der 1963 geschlossenen Forstwirtschaftlichen Fakultät Eberswalde durchgeführt, das von 1920 bis 1952 J. Lieses Wirkungsstätte als akademischer Lehrer und international bekannter Wissenschaftler war. Die von den Herren H. Götze/Eberswalde, R. Hesse/Eberswalde, W. Liese/Hamburg, G. Schultze-Dewitz/Eberswalde, P. Schütt/München und G. Stephan/Tharandt vorbereiteten Vorträge hatten Spezifika aus den von J. Liese seinerzeit vertretenen Fachgebieten Forstbotanik, Harzung, Phytopathologie, Holzbiologie, Holzpathologie und Holzschutz zum Gegenstand. Diese an die Forschungsarbeiten des Jubilars anknüpfenden Arbeiten werden 1992 veröffentlicht.

G. Schultze-Dewitz

